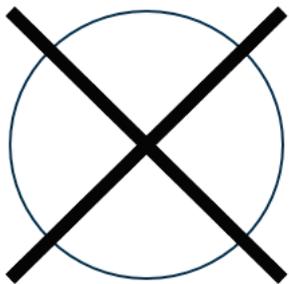


Das Programm und die politische Praxis der AfD zeigt, dass sie Politik für die Reichen macht. Aber weil sie bei Wahlen auf Stimmen aus der Mittelschicht und der Arbeiterklasse angewiesen ist, betreibt sie soziale Demagogie.

Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung kommt zu dem Schluss:

„Die Hauptleidtragenden der AfD-Politik wären ihre eigenen WählerInnen.“

Gehen Sie am 9. Juni zur Wahl. Je mehr Menschen zur Wahl gehen und nicht die AfD wählen, desto weniger Mandate bekommen die Rechtsextremen und desto weniger finanzielle staatliche Mittel stehen ihr für ihre Hetze zur Verfügung.



Wählen Sie am 9. Juni 

Werden Sie mit uns aktiv für eine Verbesserung der Verhältnisse.



Unsere zehn Spitzenkandidaten:innen für die Wahl des Gemeinderat Stuttgart.



Kreisverband Stuttgart

Mail info@die-linke-stuttgart.de
 Instagram dielinke.stuttgart
 V.i.S.d.P. Ursel Beck, c/o DIE LINKE
 Falkertstr. 58, 70176 Stuttgart

Warum die AfD nicht die Partei der kleinen Leute ist

| | | |
|---------------|--|--|
| Wohnen | <p>Das will die AfD</p> <p>„Wohneigentum befreit den Bürger von der Mietzahlung.“ Staatliche Wohnungsgesellschaften sollen Mietern ihre Wohnung zum Kauf anbieten. Die AfD steht für ein ausgewogenes Mietrecht und lehnt staatliche Überregulierung sowie Investitionshemmnisse wie die Mietpreisbremse oder den Mietendeckel ab“. (AfD-Grundsatzprogramm) „Wohnhäuser, die nicht mehr dem heutigen Wohnstandard entsprechen sollen ... abgerissen und neu gebaut werden.“ (Kommunalwahlprogramm Stuttgart 2019). Im Bundestag hat die AfD immer gegen Mietpreisbremsen gestimmt.</p> <p>Auf dem Wahlplakat von T. Rosspacher für die Gemeinderatswahl steht: "Schnelle Remigration schafft Wohnraum".</p> <p>Die AfD macht Migrant:innen für die Wohnungsnot verantwortlich. Sie will Wohnungen dem Markt und den Immobilienspekulanten überlassen und lehnt Mietpreisbegrenzungen ab.</p> | <p>Das will Die LINKE</p> <p>Mit Wohnungen darf kein Profit gemacht werden. Deshalb fordern wir eine regulierte und kontrollierte Kostenmiete. Wir wollen, dass spekulativer Leerstand bei Wohnungen, Häusern und Bürobauten beschlagnahmt und durch die Stadt vermietet bzw. leerstehende Büros zu Wohnzwecken umgenutzt werden.</p> <p>Wir lehnen den Verkauf von städtischen Grundstücken an private Investoren ab und fordern, dass die Stadt diese Grundstücke ohne Profitabsichten bebaut. Unser Vorbild ist der Gemeindewohnungsbau der Stadt Wien. Wir lehnen den Abriss-Neubau von Wohnungen mit erhaltenswerter Bausubstanz und günstigen Mieten ab und fordern, dass diese Wohnungen instandgesetzt und mit günstigen Mieten weiter vermietet werden.</p> <p>Der Markt versagt bei der Versorgung von bezahlbaren Wohnungen für alle. Deshalb muss die Wohnraumversorgung Teil der kommunalen Daseinsvorsorge sein.</p> |
| | <p>Das will die AfD</p> <p>Das ist ein großer Streitpunkt in der AfD. Der rechtsextrem neoliberale Flügel will die Rente über Aktiendividenden finanzieren.</p> <p>Der rechtsextreme völkische Flügel will an der gesetzlichen Rente und einem höheren Staatszuschuss festhalten.</p> <p>Alle wollen: „Die Rentenhöhe hängt dabei von den eingezahlten Beiträgen und dem Renteneintritt ab“.</p> <p>In einem Eckpunktepapier der AfD-Bundestagsfraktion wird die „Stärkung der eigenverantwortlichen Altersvorsorge“ gefordert.</p> <p>Keine Stärkung der gesetzlichen Rente, Absenkung des Rentenniveaus der gesetzlichen Rente und eigenverantwortliche Altersvorsorge.</p> | <p>Das will Die LINKE</p> <p>Die gesetzliche Rente muss ohne zusätzliche Privatversicherung den Lebensstandard sichern. Gesetzliche Mindestrente von 1.200 Euro. Ein Rentenniveau von mindestens 53% (jetzt 48%). Abschlagsfreie Rente mit 65, nach 40 Beitragsjahren mit 60. Rücknahme des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre auf 65 Jahre.</p> <p>Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro damit auch die Rente höher ausfällt. Keine Rentenabschläge für Menschen, die durch die Arbeit erwerbsunfähig geworden sind. Zeiten von Erwerbslosigkeit, Pflege, Kindererziehung und ehrenamtliches Engagement müssen zu Zuschlägen bei der Rente führen.</p> <p>Stärkung der gesetzlichen Rente. Keine eigenverantwortliche Altersvorsorge.</p> |

| | | |
|----------------------------------|---|---|
| ARBEIT, LÖHNE, BÜRGERGELD | <p>Das will die AfD</p> <p>Bis 2016 hat die AfD die Einführung des Mindestlohns komplett und 2022 die Erhöhung auf 12 Euro abgelehnt. Im Landtag von Baden-Württemberg hat die AfD einen Gesetzentwurf eingebracht, um das Tariftreugesetz für öffentliche Aufträge abzuschaffen.</p> <p>Im Bundestag hat die AfD die Corona-Sonderprämie für Pflegepersonal und andere „systemrelevante“ Berufsgruppen abgelehnt. Die AfD spricht sich gegen den Missbrauch von Leiharbeit aus, lehnt aber Maßnahmen dagegen ab: „Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen sind weitgehend ausreichend“, so das AfD-Programm. Das Bürgergeld will die AfD stark kürzen. Bürgergeldempfänger sollen zur „Bürgerarbeit“ zwangsverpflichtet werden. Gewerkschaften, Streiks und Tarifverträge sind die zentralen Feinbilder der völkischen und neoliberalen AfD.</p> <p>Die AfD ist keine Partei für die Arbeiterklasse sondern eine Partei für die Bonzen und Bosse</p> | <p>Das will Die LINKE</p> <p>Die LINKE war die erste Partei in Deutschland, die die Einführung des Mindestlohns gefordert hat und fordert aktuell eine Erhöhung auf 15 Euro.</p> <p>Wir wollen Leiharbeit und Werksverträge verbieten bzw. stark einschränken. Wir fordern die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und unterstützen Beschäftigte aktiv bei Streiks für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.</p> <p>Wir wollen eine soziale Mindestsicherung von 1.200 Euro statt „Bürgergeld“ und Hartz IV. Wir sind für kämpferische und demokratische Gewerkschaften und fordern ein umfassendes Streikrecht einschließlich des Rechts auf politischen Streik.</p> <p>DIE LINKE ist eine Partei für die Arbeiterklasse.</p> |
|----------------------------------|---|---|

| | | |
|---------------|--|---|
| Frauen | <p>Das will die AfD</p> <p>Die AfD will die Frauen in Abhängigkeit von Männern halten. Sie sollen hauptsächlich Kinder gebären und erziehen. Berufstätigkeit sollte möglichst gar nicht sein. Ein niedrigeres Lohnniveau für Frauen bestreitet die AfD.</p> <p>Die AfD will, dass Schwangerschaftsabbrüche nur bei Vergewaltigungen und aus medizinischen Gründen legal sind. Das Abtreibungsrecht will sie verschärfen und Frauen die abtreiben noch mehr kriminalisieren. Obwohl 90 bis 95% der Tatverdächtigen bei Sexualmorden Deutsche sind, behauptet die AfD Gewalt gegen Frau sei importiert. Die Homo-Ehe lehnt die AfD ab. Geschlechtergerechte Sprache will sie verbieten.</p> <p>Die AfD diskriminiert Frauen.</p> | <p>Das will Die LINKE</p> <p>Wir sind für die volle Gleichberechtigung von Frauen. Wir fordern gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit, professionelle kostenlose öffentliche Kinderbetreuung mit ausreichend Personal und kleinen Gruppen.</p> <p>Wir fordern die Abschaffung des Paragraf 218 und das volle Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper und ihr Leben. Wir fordern ausreichend Frauenhäuser und Schutzräume für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen.</p> <p>Die Linke ist die Partei gegen Frauendiskriminierung und für volle Gleichstellung.</p> |
|---------------|--|---|

Abstimmungsverhalten im Stuttgarter Gemeinderat

| | AfD | Die Linke |
|--|----------------|------------------|
| Regelmäßig alle drei Jahre Erhöhung der Mieten bei der Städtischen Wohnungsgesellschaft der SWSG. | Stimmt zu | Stimmt dagegen |
| Verkäufe von städtischen Grundstücken an Immobilienhaie. | Stimmt zu | Stimmt dagegen |
| Regelmäßige Erhöhung der Fahrpreise bei der SSB/VVS. | Stimmt zu | Stimmt dagegen |
| Zulage für die Bürgermeister der Stadt Stuttgart von 470 Euro. (Antrag eingebracht von der Stadtverwaltung und am 16.3.2024 abgestimmt) | Stimmt zu | Stimmt dagegen |
| Zulage für die Erzieher:innen und alle anderen städtischen Beschäftigten von 470 Euro. (Antrag eingebracht von linker Fraktionsgemeinschaft) | Stimmt dagegen | Stimmt zu |
| Erhöhung der Kosten für die Sanierung und das Aufmotzen des Neckarstadions auf 140 Millionen. (am 1.2.2024 abgestimmt) | Stimmt zu | Stimmt dagegen |
| Anhebung der Einkommensgrenzen bei der Familiencard. (Antrag eingebracht von linker Fraktionsgemeinschaft) | Stimmt dagegen | Stimmt zu |

**Urteilen Sie selbst:
Wer ist die Partei der kleinen Leute?**